



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Menenius: Frankreich und die Friedenskonferenz

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Abgrund zu stürzen drohen. Den Fall mit der Soziologie nehmen wir noch nicht so tragisch. Allerdings, auch bei ihm sehen wir deutlich den großen Unterschied zwischen dem alten und dem neuen System: unter Althoff wären, wie bemerkt, die Fakultäten gefragt worden, wie sie sich zu der Frage „soziologischer“ Professuren stellen würden, falls solche etwa in der Öffentlichkeit dringend verlangt worden wären; Hoffmann dagegen erläßt einfach einen Ukas — warum auch nicht? Die Revolution beglückt uns ja überhaupt mit russischen Einrichtungen! Aber wir wollen immerhin diesen Fall, so lehrreich er ist, noch nicht so tragisch nehmen, da über Begriff und Recht der Soziologie auch in nicht sozialistischen Kreisen eine gewisse Unklarheit herrscht. Ganz plump dagegen ist die Forderung der sozialistischen Professuren, und die Kritik verhüllt ihr Haupt, wenn wir die Hoffmannschen Erlasse weiter durchgehen und z. B. an den Erlaß über den Geschichtsunterricht in den Schulen kommen. Hier reichen sich Unbildung und Unfreiheit die Hand. Es ist eine Schande für die deutsche Wissenschaft, für das deutsche Volk und — um ein beliebtes modern demokratisches Wort zu gebrauchen — für das Weltgewissen. Nur nebenbei wollen wir hier auf einige von diesen höchst unerfreulichen Dingen hinweisen. Sonst galt es als ein Vorzug, daß der Lehrer im Unterricht eine gewisse freie Bewegung besaß. Jetzt wird ihm die Gesinnung von oben her kraft vorgeschrieben. Niedlich ist es ferner, daß Hoffmann auf die Gesinnung „besonders auf dem flachen Lande“ einzuwirken sucht. Stehen denn Stadt und Land nicht gleich? Soll die ländliche Bevölkerung unter eine besondere Vormundschaft gestellt werden? Ganz wunderbar sind auch die Anweisungen über das, was in den Schulen von den Lehrern nicht vorgetragen werden darf. In dem von Prof. W. Götz herausgegebenen Sammelband „Deutschland und der Friede“ las ich kürzlich in dem Aufsatz von Prof. Onken „Die geschichtliche Bedeutung des Krieges“, S. 488, die Worte: „Der Krieg, der soviel Leben zerstört, wirkt zugleich als ein Erreger alles Lebens, nicht schöpferisch aus tiefstem Grunde, aber die vorhandenen und verborgenen Kräfte entfaltend, steigend, zur letzten Erprobung führend.“ Diese Worte würden nach der Auffassung des heutigen Kultusministeriums als höchst gefährlich anzusehen sein, und das Buch wäre zweifellos aus der Bibliothek eines Gymnasiums zu entfernen.



Frankreich und die Friedenskonferenz



ein Volk hat den Sieg im Weltkrieg mit stolzerem und tiefer bewegtem Selbstbewußtsein genossen als die schwergeprüften Franzosen, keines ist der uneingeschränkten Bewunderung seiner Bundesgenossen mehr gewiß, keines geht mit größerer militärischer Autorität aus dem Kriege hervor. Und so konnte man annehmen, daß auch die politische Machtstellung Frankreichs auf der Friedenskonferenz die Bedeutung aller anderen Mächte wenn nicht weit überragen, so doch in Schatten stellen würde. Allein was sich vier Kriegsjahre lang aus dem Verlauf des Schicksals Deutschlands erwiesen hat, hat sich jetzt auch an dessen erbittertstem Gegner erwiesen: der militärische Erfolg, so wichtig, so bedeutend er sein kann, ist keineswegs identisch mit dem politischen; ein anderes ist es Schlachten zu gewinnen, ein anderes auf den Gipfel politischer Macht gelangen.

Zwar hat äußerlich der Beginn der Friedenskonferenz den Franzosen so viel Ehre eingebracht, wie sie sich nur träumen lassen konnten. Poincaré durfte die erlauchten Gäste begrüßen, Clemenceau wurde einstimmig zum Präsidenten der Konferenz ernannt, und die Reden, die bei dieser Gelegenheit von Wilson, Lloyd George und Orlando gehalten wurden, flossen über von Guldigungen und

Lob des französischen Volkes. Auch im Innern schien alles in der besten Ordnung: die vom Ministerpräsidenten mit allen Mitteln bekämpften Defaitisten und Versöhnungsfreunde, die Rechtsfriedenpropagandisten und Englandsfeinde hatten weit gründlicher Unrecht erhalten, als man in kühnsten Träumen hätte annehmen können, Vertrauensabstimmungen ergaben glänzende Mehrheiten für die Regierung und der weitaus größte Teil der Presse unterstützte die offizielle Politik willig und wohlgefällig durch kräftige Beschimpfung der widerstrebenden Sozialisten.

Die Wirklichkeit entspricht nicht ganz dem schönen Schein. Breiter Massen des Bürgertums hat sich nach dem Versiegen des ersten Siegesrausches eine sich von Woche zu Woche merkbar vertiefende Enttäuschung bemächtigt. Eindringlicher als England, das offenbar mehr Möglichkeiten hat, macht Frankreich die Erfahrung durch, die auch einem siegreichen Deutschland nicht erspart geblieben wäre: daß nämlich Waffenstillstand nicht Friede, und Friedensschluß nicht friedliche Wirtschaftsverhältnisse bedeuten. Die kleinen Unannehmlichkeiten des alltäglichen Lebens: Knappheit an Nahrungsmitteln, Teuerung, Wohnungsnot, Kohlenmangel usw. würde der genügsame Franzose ertragen, wie er sie bisher ertragen hat, es zeigt sich aber — und der seelische Faktor, der hierin liegt, darf ziemlich hoch veranschlagt werden — daß der Friedenszustand, von dem man ausgegangen war und nach dem man sich, während vier Kriegsjahren unaufhörlich zurückgesehnt, der in der Erinnerung noch viel rosigere Formen angenommen hat, als vielleicht der Wirklichkeit entsprach, sich keineswegs wiederherstellen läßt, daß man nicht, wie wohl ein jeder, zumal von denen, die „draußen“ gewesen sind, bei sich gedacht haben mag, einfach wieder an das, was war, anknüpfen kann, sondern daß sich sowohl die Menschen, wie auch alle Verhältnisse geändert haben. Alle Vorberatungen über Übergangswirtschaft, die naturgemäß daran tranken, den Zeitpunkt des Kriegsendes und die zu diesem Zeitpunkt bestehenden Verhältnisse nicht mit Sicherheit erwägen zu können und somit unabänderlicherweise eigentlich in der Luft hängen, können z. B. nichts daran ändern, daß Demobilisation zunächst Arbeitslose schafft, daß die „befreiten“ Gebiete Nordfrankreichs alles Nötigen entbehren, daß der deutsche Rückzug mit seinen aus militärischer Notwendigkeit entstandenen Zerstörungen an Bahnübergängen und Straßenanlagen in dem plötzlich vergrößerten Wirtschaftsgebiet unbeschreibliche Transport- und Verkehrsalamitäten geschaffen hat, die nicht von heute auf morgen beseitigt werden können, die Unzufriedenheit im Lande aber in hellen Flammen auflodern lassen. Viel böses Blut macht auch die Demobilisation. Sie kann natürlich nur langsam vor sich gehen, wenn die Regierung einerseits Katastrophen auf dem Arbeitsmarkt verhüten, andererseits den von ihr erstrebten Machtfrieden durchsetzen will, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß der Soldat ungeduldig nach Hause verlangt, die Familie enttäuscht und verbittert nach den Ährigen ruft und jeder Unternehmer natürlich seine Arbeiter zuerst wiederhaben und reklamieren will.

III das aber würde immerhin noch ertragen werden, wenn man nur die Gewißheit hätte, daß der Krieg nun auch wirklich aus wäre. Aber da ist erstens die wiedererwachte Sorge um die von den Bolschewisten wenigstens nur teil- und bedingungsweise anerkannte russische Milliardenschuld, die im Grunde eine, von den in Paris weilenden Vertretern des alten russischen Regimes eifrig unterstützte militärische Intervention nötig machte, zu der im Lande jedoch, d. h. bei denen, die zunächst weitere Kriegsoffer tragen mußten, auch nicht die geringste Stimmung ist, da ist sodann die polnische Frage, die man wohl, schon um Deutschland zu schädigen, lösen möchte, die sich aber andererseits z. T. mit der tschechischen und der ukrainischen schneidet und deren Lösung wiederum ohne militärisches Eingreifen, das man vermeiden möchte, nicht möglich scheint. Da ist dann die durch die Veröffentlichung der Syrien-Verträge von 1916 bedroht erscheinende traditionelle Stellung Frankreichs im Orient, die durch die rasch zugreifende Besetzung Konstantinopels durch die Engländer keineswegs günstiger geworden ist, da ist die Sorge um den Anschluß Deutsch-Osterreichs an Deutschland, der dem Feinde bedrohlichen Macht-

zuwachs verspricht, da ist Spaniens zähes Festhalten an Tanger, das man zur wirtschaftlichen Erschließung des marokkanischen Hinterlandes und zur endgültigen Verdrängung deutschen Einflusses im Mittelmeer für sich beanspruchen zu müssen glaubt, da ist endlich die Frage nach dem Schicksal der deutschen Kolonien. Und alle Vorschläge Frankreichs: Bildung einer Freiwilligenarmee gegen die Bolschewisten, Besetzung Danzigs durch die verstärkten polnischen Legionen, Verleibstündigung eines ungeteilten Syriens unter französischer Agide, Internationalisierung der Dardanellen, Belassung Konstantinopels unter der Herrschaft der genügend geschwächten Türkei oder Übergabe an Griechenland, Wiederausammenschluß der ehemals österreichischen Staaten, Angliederung von Kamerun und Togo an Französisch-Afrika stehen einstweilen auf dem Zeitungspapier, während England sich Wilson gegenüber die sogenannte Freiheit der Meere gesichert, in Konstantinopel die Abwesenheit des französischen Oberbefehlshabers zum Handeln benutzt, Wilson seine Auffassung über die Konferenz auf den Bringeninseln und über die Verwaltung der deutschen Kolonien mit äußerster Zähigkeit durchgesetzt hat. Greifbarer noch als diese in ihren Konsequenzen und ihrer Bedeutung für die Allgemeinheit noch gar nicht deutlich zu übersehenden Mißerfolge sind die diplomatischen Niederlagen auf der Friedenskonferenz selbst. Wenigstens werden als solche empfunden die Zusammensetzung der Teilnehmer, die in Fragen der äußeren Politik Amerika, in Kolonialfragen infolge Nichtvertretung der französischen Kolonien im Gegensatz zu den englischen Dominionen England das Übergewicht sichert, ferner die Teilnahme der Neutralen, die die festgefügte Einheitlichkeit der siegreichen Großmächte, aus denen nach Frankreichs Meinung der Völkerbund zunächst allein bestehen müßte, aufzulösen droht, endlich durch die Geschäftsordnung, die zu allem möglichen abschweift und nur nicht zu den Punkten kommt, die Frankreich vorzüglich interessieren: Elsaß-Lothringen, das Saarbecken, das linke Rheinufer. Um dieser großen Grundfragen willen steht das Land, mit Ausnahme der Sozialisten, einstweilen noch geschlossen hinter seinem Ministerpräsidenten, aber es ist kaum zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß nach den Mißerfolgen der vergangenen Wochen das Vertrauen zu Clemenceau merkbar schwindet. Gelingt es ihm nicht, die vom weitaus größten Teil der Bevölkerung hoch ersehnten Machtfriedensideale auf der Konferenz durchzusetzen, oder entsteht ihm bei der Erkämpfung dieser Ideale, mit der sich eine schnelle Demobilisierung wiederum nicht verträgt, ernsthafter Widerstand im Lande (wozu bei der Besetzung der französischen Sozialistenpartei allerdings einstweilen keine Aussicht besteht), der ihm den notwendigen Rückhalt rauben würde, so wird der „Tiger“ trotz aller Dankbarkeit, die das Land ihm weiß, einen tiefen und großen Fall erleben können, der französische Chauvinismus, den er selbst gestützt hat, würde ihn ohne Gnade, wenn auch ohne Nutzen, fallen lassen. Er würde dann Frankreich durch seine Überschätzung der politischen Tragweite des militärischen Sieges, durch sein starres Festhalten am Dogma des Machtfriedens, das ihm Beweglichkeit in den anderen außenpolitischen Fragen raubte, um alles politische Prestige gebracht haben: die Tragik des aus Notwendigkeit Einseitigen. Menenius



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Seelentotschlag. Herr Poincaré hat die Pariser Konferenz am 18. Januar mit einer Rede eröffnet, die in jeder Zeile den Sieger, den Abholaten und den Franzosen verrät. „Lassen Sie mich, so apostrophiert er seine

Zuhörer, in Ihrer Entscheidung (Paris als Sitz der Konferenz zu wählen) eine Guldiung aller von Ihnen vertretenen Nationen sehen gegenüber einem Lande, welches . . . dem Tode den schwersten Tribut gezahlt hat.